BASis Info 7/2017

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

07.07.2017

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

am letzten Freitag hat das Parlament für viele Menschen eine wichtige Entscheidung getroffen. In namentlicher Abstimmung haben die Abgeordneten mit Mehrheit für die "Ehe für alle" - oder, wie die korrekte Bezeichnung lautet die "Einführung für Rechts auf Eheschließung für gleichen Ge-Personen schlechts" gestimmt. Bei 623 Stimmen abgegebenen sprach sich eine Mehrheit von 393 Abgeordneten für eine völlige rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare aus. Für diese gesetzliche Gleichstellung hat die SPD lange gekämpft und Martin Schulz hat damit ein Wahlversprechen schon vor der Wahl umgesetzt.

Etwas außerhalb des öffentlichen Fokus wurde auch im Gesundheitsausschuss eine politisch wichtige Entscheidung getroffen. Der Ausschuss hat die Kandidaten der Selbstverwaltung für die beiden Posten der unparteischen Mitglieder im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) abgelehnt, da er die Unabhängigkeit oder die Unparteilichkeit der vorgeschlagenen Person als nicht gewährleistet ansah. Da im G-BA un-

ter anderem über die Zulassung von neuen Medikamenten, die Ausstattung der deutschen Krankenhäuser oder die Umsetzung der Pflegepersonaluntergrenzen handelt wird, ist es wichtig, dass die drei so genannten "unparteiischen Mitalieder" wirklich auch unparteiisch sind. Daran hatten wir ParlamentarierInnen aber. durch die Fraktionen, erhebliche Zweifel. Ich hoffe im Sinne einer starken Selbstverwaltung, dass der nächste Kandidatenvorschlag der Selbstverwaltung besser überzeugen kann.

Nach anderthalb Jahren Arbeit hat der fraktionsübergreifend eingesetzte 2. NSU-Untersuchungsausschuss seinen Bericht vorgelegt. Das Ergebnis hat mich nicht überrascht, aber es ist dennoch erschreckend: das Kerntrio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, das mindestens zehn Menschen brutal ermordet hat, wurde von einem breiten Neonazinetzwerk unterstützt. Dass solche rechtsterroristischen Parallelstrukturen auch heute noch mitten unter uns möglich sind, zeigt aktuell die so genannte "Gruppe Freital".

Für mich ist klar: Wir brauchen endlich verlässliche Rahmenbedingungen und eine gesicherte Finanzierung für Projekte und Initiativen zur Extremismusprävention.

Mit der letzten Sitzungswoche endete auch die 18. Legislaturperiode des deutschen Bundestages. Im September werden wir noch einmal zu Haushaltsberatungen zusammen kommen, schon jetzt schalten die Bundestagsabgeordneten um von Regierungsarbeit auf Wahlkampf. Ich finde, wir als SPD können stolz sein auf das, was wir in der großen Koalition erreicht haben. Aber ich bin ehrlich: Eine Liebesheirat war es nie. Spätestens jetzt, wo auch die CDU endlich ihr Programm vorgelegt hat, ist es offensichtlich, wo die Unterschiede liegen (mehr zum SPD-Regierungsprogramm auf S. 2).

Ich persönlich freue mich jetzt auf die Termine im Wahlkreis, auf vielfältige Begegnungen, Gespräche, Veranstaltungen und Infostände. Und wer mich dort nicht erwischt, kann mir gerne alle großen und kleinen Fragen unter #FragdieBas auf Facebook oder Twitter stellen.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas





Unser Regierungsprogramm

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag in Dortmund das Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2017 einstimmig beschlossen. Mit Regierungsprogramm dem zeigen wir, wie wir unser Land besser machen wollen für alle Menschen, die hier leben. Martin Schulz hat es zusammengefasst: treffend "Wir wollen weiter in einem freien, solidarischen und vielfältigen Land leben, das in einem starken Europa eingebettet ist."

Die wichtigsten Punkte unseres Regierungsprogramms knapp zusammengefasst:

Ordentliche Löhne: Wer arbeitet, soll von seinem Lohn gut leben können. Wir wollen, dass die Löhne steigen und Tarifbindung wieder zum Normalfall wird. Denn mit Tarifvertrag geht es besser! ArbeitnehmerInnen mit Tarif haben in der Regel eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Das bestätigen Wissenschaftler unter anderem der BöcklerStiftung. Gerechte Löhne heißt auch: Frauen müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie Männer. Zudem muss es mehr Geld in sozialen Berufen geben. Mehr Begrenzung brauchen bei Managergehältern: wir keine Gehaltsexzesse mehr!

Mehr Sicherheit im Job: Junge Menschen brauchen einen festen Job mit guten Bedingungen. Darum schaffen wir die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen ab. Auch Produktionsprozesse verändern sich zunehmend. Da fallen an manchen Stellen Jobs weg und an anderer Stelle entstehen neue. Das bereitet vielen Menschen Sorge. Wer seinen Job verliert, kann auf uns zählen: Unser Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q) unterstützt alle, die nach drei Monaten noch keinen neuen Job gefunden haben. Wir schaffen ein Recht auf Weiterbildung und verbessern damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Gebührenfreie Bildung für alle: Wir wollen jedem Kind die Türen zu guter Bildung öffnen. Weder Geld noch Herkunft dürfen eine Rolle spielen. Deshalb machen wir Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. Damit schaffen wir gleiche Chancen und investieren in die Zukunft.

Nationale Bildungsallianz: Der Bund soll den Ländern helfen dürfen, Bildung im ganzen Land besser zu machen. Das verbietet bisher das sogenannte Kooperationsverbot. Wir schaffen es vollständig ab, damit alle Schulen wieder Orte sind, an denen Kinder gerne lernen mit schönen Räumen und modernster Technik. Wir wollen, dass alle gemeinsam anpacken! Daher sind wir für eine nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen.

Gerechte Rentenpolitik: Alle, die junge und die ältere Generation, können sich auf die Rente verlassen. Mit einer doppelten Haltelinie sichern wir ein Rentenniveau von 48 Prozent und sorgen dafür, dass die Rentenbeiträge die gesetzlich festgeschriebene Marke von 22 Prozent nicht überschreiten. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wird es mit uns nicht geben!

Solidarrente: Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, soll gut abgesichert sein. Die Solidarrente garantiert allen, die lange gearbeitet aber wenig verdient haben, dass sie nicht zum Sozialamt müssen. Sie bekommen zehn Prozent mehr als die Grundsicherung.

Kommunen stärken: Finanziell handlungsfähige Kommunen sind die Grundlage guter Lebensqualität vor Ort und lebendiger, lokaler Demokratie. Wir wollen die Investitionskraft der Kommunen stärken, sie von Sozialkosten entlasten und helfen, ihre Altschulden abzubauen, damit auch hochverschuldete Kommunen wie Duisburg ihre Handlungsfähigkeit zurück gewinnen. Gemeinsam mit allen Ruhrgebiets-MdBs SPD habe ich mich sehr dafür eingesetzt, dass dieser Altschuldenfond als Forderung im Wahlprogramm auftaucht.

Das komplette Regierungsprogramm der SPD Programm gibt es auf: www.spd.de/standpunkte/ regierungsprogramm/



Neues aus Duisburg





Besuch aus Duisburg: Die Abstimmung zur "Ehe für alle" haben sie knapp verpasst, trotzdem hatten die 50 DuisburgerInnen, die mich am Freitag im Reichstag in Berlin besucht haben, sichtlich Spaß. Ihre dreitägige Reise hatte das Bundespresseamt organisiert.



Für Promidas Elfmeterschießen bei Viktoria Buchholz habe ich noch einmal die Fußballschuhe herausgeholt. Dreimal konnte ich gegen den ehemaligen Profi-Torhüter Daniel Masuch verwandeln und habe damit meinen Wahlkreisauch Konkurrenten Thomas Mahlberg von der CDU weit hinter mir gelassen. Ein gutes Zeichen für die Bundestagswahl!

Solidarität mit den KollegInnen bei Siemens

Ich stehe an der Seite der KollegInnen des Siemens-Verdichterwerks, die momentan dafür kämpfen, dass die duale Ausbildung am Standort Hochfeld erhalten bleibt. Gemeinsam mit Mahmut Özdemir, Oberbürgermeister Sören Link, den Duisburger SPD-Landtagsabgeordneten und Ratsfrau Andrea Demming-Rosenberg habe ich eine Solidaritätsadresse an die Betriebsratsvorsitzende Nadine Florian und den Betriebsrat gesendet. Darin schreiben wir u.a.: "Ihr habt mit rund 500 Kolleginnen und Kollegen ein starkes Signal der Solidarität gesetzt. Gute Auszubildende sind die Zukunft

eines jeden Unternehmens, und gute Ausbildung muss nah am Produkt sein. Junge Menschen brauchen Perspektiven und keine Zukunftsangst. Wir unterstützen daher Deine Forderungen an den Konzernvorstand ausdrücklich: Der Schlie-**Bungsbeschluss** muss vom Tisch und die duale Ausbildung am Standort Hochfeld muss erhalten bleiben. (...) Ein Konzern wie Siemens sollte sich gerade in Zeiten des Fachkräftemangels das zu Herzen nehmen, was Eure Auszubildenden auf ihre T-Shirts geschrieben haben: Investieren statt reduzieren. (...) Wir wünschen Euch viel Kraft und Energie

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++12.07.: 25 Jahre Regen-

bogen+++

+++22.07.: Eröffnung SPD Parkfest Rheinhausen+++

+++25.07.: 60 Jahre UNICEF

Duisburg+++

+++29.07.: CSD Duis-

burg+++

+++29.07.: Sommerfest Bürgerverein Neudorf+++

+++Weitere Termine: www.baerbelbas.de +++



Neues zum Schluss



Doppelte Girl-Power und zwei bekannte Gesichter

In den letzten vier Wochen wurde mein Team in Berlin durch zwei Schülerpraktikantinnen unterstützt, die aufmerksamen LeserInnen der BASis Info nicht unbekannt sind. Samira Heuser (unten) von der Lise-Meitner-Gesamtschule in Duisburg-Rheinhausen war bereits im April als Teilnehmerin des Girls
Day auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin der Gewonnenen Eindrücke konnte sie nun noch einmal deutlich vertiefen und ner ben Ausschuss- und AG-Sitzungen auch an öffentlichen Anhörungen des Gesundheitsausschusses teilnehmen. Franziska Böhme



Bundestagsfraktion in Berlin. Die dort gewonnenen Eindrücke konnte sie nun noch einmal deutlich vertiefen und neben Ausschuss- und AG-Sitzungen auch an öffentlichen Anhörungen des Gesundheitsausschusses teilnehmen. Franziska Böhme (rechts) besucht das Reinhard-und-Max-Mannesmann-Gymnasium und war im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) ein Jahr zu einem Austausch in den USA. In ihre Praktikumszeit fiel die spannende Abstimmung zur Ehe für alle - und beim Hoffest der



SPD-Bundestagsfraktion konnte sie darüber hinaus ein Selfie mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz machen. Fazit: "Langweilig wurde es mir nicht..." - Beide Schülerinnen waren eine echte Bereicherung für unser Team. Vielen Dank für Euer Engagement!

Mein Tagebuch

Später Dank: Herr Braune aus Jena hatte sich vor einem Jahr mit einem Autogrammwunsch und ein paar Gedanken zur Politik an mich gewandt. Natürlich habe ich ihm gerne den Wunsch erfüllt - und jetzt, ein Jahr später, kam sein Dank, nachdem er meinen Begleitbrief auf seinem Schreibtisch wiedergefunden hatte.

Schöner Dialog: Bei der Personalversammlung der SPD-Bundestagsfraktion habe ich meine Rede als Personalchefin der Fraktion beendet mit den Worten: "Mal sehen, ob ich nach dem 24. September wieder in den deutschen Bun-

destag komme". Es folgte die Kurz-Intervention des Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann: "Wenn jemand wieder reinkommt, dann Du, Bärbel". Meine Antwort kam ebenso prompt: "Ich möchte hier aber nicht alleine sein."

Tolles Kompliment: Auf dem Schützenfest in Buchholz habe ich, wie jedes Jahr, die Oma meines Büroleiters getroffen. Wir haben uns nett unterhalten, und die rüstige 89-Jährige hat ihrem Enkel nachher von unserer Begegnung berichtet: "Die Bärbel sah so vorteilhaft aus, das hat sogar mir richtig gut getan".



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607